

Calmer Wochenblatt

Nr. 1 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. Dienstag, den 2. Januar 1923. Preis: In der Stadt mit Tragereid 6 Pf. monatlich, bei Abnahme von 3 Heften 18 Pf. monatlich, bei Abnahme von 12 Heften 1.80 Pf. monatlich.

Neueste Nachrichten.

Die Konferenz der Alliierten zur Vorbereitung des Reparationsprogramms beginnt heute. Sowohl von Paris wie London sind halbamtliche Erklärungen abgegeben worden, nach denen zu schließen ist, daß die Franzosen auf ihrer Forderung bestehen und daß England sich den französischen Anschauungen nerklich nähert, wenn man auch gewisse Vorbehalte macht. Auch der amerikanische Staatssekretär des Aeußeren hat sich sehr vorsichtig über die Haltung Amerikas ausgesprochen. Er hat erklärt, daß Amerika keineswegs die „gerechten“ Ansprüche Frankreichs beschneiden wolle, aber man sei gegen Zwangsmassnahmen, die doch keine positiven Erfolge hätten.

Mit einer in dieser Atmosphäre der Phrasen und Heuchelei geradezu befreienden Ehrlichkeit hat dagegen die russische Abordnung in Lausanne den Alliierten gesagt, was sie von ihren „Friedens“-Plänen hält, und ihrer Politik auch die richtige Bezeichnung gegeben. Allerdings trägt dieser Ton natürlich nicht dazu bei, die Verhandlungen im Sinne der Alliierten zu beschleunigen, und so haben wir hinsichtlich der Orientkonferenz jeden Tag mit Überraschungen ernster Natur zu rechnen.

Amerikas Anleihepläne. Deutschs Schicksal.

Eine grundsätzliche Betrachtung von Hanns Martin Elster. Welch unklarer politischer Kopf der Deutsche, einschließlich der meisten seiner praktischen Berufspolitiker ist, erwies sich wieder in den letzten Wochen, da die Gerüchte über eine amerikanische Anleihe aufkamen. Alle Welt habe sofort in zöglosem Optimismus. Man setze zwar vor seinen Optimismus noch eine Warnungstafel, aber diese Warnungstafel wurde gestillt und übersehen und man gab sich skrupellos den Hoffnungen auf wirtschaftliche Konjunkturerleichterungen hin, ohne sich klar zu machen, um was es sich bei einer Amerikanleihe für Deutschland eigentlich handelt. Es ist aber unbedingt notwendig, daß jeder Deutsche von Ernst und Einfluß mit vollem Verantwortlichkeitsgefühl für Deutschlands Schicksal weiß, um was es in Wahrheit bei dieser Amerikanleihe geht.

Wer die Meldungen und Berichte aus Amerika mit ruhigem Blut und politischem Wissen liest, wird bald feststellen, daß der Anleihekampf gar nicht darum geht, Deutschland wirtschaftlich oder politisch zu helfen, sondern daß es sich hier ganz einfach um eine endgültige Durchführung des Versailler Friedensdikates handelt und um eine Wirtschaftshilfe für die unter Deutschlands Verantwortung leidende Produktion Amerikas und Englands. Die Quelle der Anleihepläne ist eine geschäftliche: Amerikas Baumwoll- und Getreideproduzenten können ihre Ware nicht mehr absetzen, Deutschlands industrielle Produktion verurteilt Amerika und noch mehr England zu einer dauernden Arbeitslosigkeit. Dieser Zustand wurde nicht hervorgerufen durch das Versailler Friedensdiktat an sich, sondern durch die Unmöglichkeit des Versailler Friedensdikates. Beseitigt man diese Unmöglichkeiten — so kalkulierte der ruhig-kalte amerikanische Geschäftsmann — so setzt man Deutschland instand, den möglichen Versailler Forderungen (die immer noch höher sein werden, als je ein Deutscher zugeben kann) zu entsprechen. Entspricht Deutschland ihnen aber, so wird Deutschland wieder Abnehmer für Baumwolle und Getreide und hört Deutschlands Preisunterbietung auf dem industriellen Warenmarkt auf. Infolgedessen tritt Amerika für eine teilweise Revision des Versailler Vertrages ein.

Eine teilweise Revision ist aber von Amerika nur durchzuführen durch Macht! Und zwar politische und wirtschaftliche Macht. Die wirtschaftliche Macht Amerikas ist seine Anleihe, die in bar auch den Franzosen, und indirekt durch Beseitigung der Konkurrenz auch den Engländern zugute kommt und deren Deutschland zugedachte Mittel die Getreide- und Baumwollankäufe Deutschlands in Amerika decken sollen, also in Amerika verblassen! Seine politische Macht setzt Amerika nun für die Sicherung der Anleihe ein, diese Anleihe soll die erste praktische Hypothek auf Deutschlands Staatsbesitz darstellen, die bisher als Theorie den Ententeländern laut Versailler Diktat gehört. Kein Mensch gibt aber einem andern einen Kredit, wenn dieser andere in der Gewalt eines Dritten ist. Solange Frankreich die Hand auf deutschen Staatsbesitz legen kann, ist eine Amerikanleihe unmöglich, denn dann hat Amerika keinerlei Sicherheiten für sein Leihgeld. Frankreich nun wieder kann die Hand von Deutschlands Gurgel nicht fortnehmen, weil es — auf Grund seiner eigenen politischen Psyche — stets mit einer deutschen Revanche rechnet und sich also in Gefahr sieht. Den Schutz vor dieser Gefahr müßte also an Stelle Frankreichs

Amerika übernehmen! Das heißt: wenn Amerika eine Anleihe gibt, bindet es sich auch mit seiner politischen Macht in der Richtung an Deutschland, daß es Deutschland verpflichtet und zwingt, auf jeden Plan einer Befreiung vom Versailler Diktat zu verzichten, solange die Anleihe nicht amortisiert ist, und zweitens noch in der Richtung, daß es Deutschland vor den Zugriffen Frankreichs auf deutschen Staatsbesitz schützt, nicht um Deutschlands, sondern seiner Anleihe willen schützt!

Mit anderen Worten: Deutschlands Schicksal ist als Folge einer Amerikanleihe die Erhaltung einer Neutralisierung und einer amerikanischen Schutzherrschaft auf unabsehbare Zeit. Deutschland wird politisch und wirtschaftlich endgültig unfrei! Deutschland wird die Türkei Mitteleuropas!

Welcher Deutsche kann solche Pläne fördern, solche Verträge nach dem Versailler Friedensdiktat unterschreiben? Wird die jetzige Regierung, wird die jetzt herrschende Generation die Freiheit lieben, um vorübergehend, im Verhältnis zum deutschen Schicksal kleiner Wirtschaftsvorteile willen die endgültige Verflüchtung, den Verkauf Deutschlands an Amerika auch wenigstens für die nächste Generation perfekt zu machen? Und sehen alle ehrlichen Deutschen von heute die Gefahren und Folgen der Amerikanleihe für Deutschlands Schicksal wahrheitsgemäß?

Jetzt beginnen die Entscheidungsstunden für unser Land und Volk, für unsere Zukunft, für unsere Freiheit! Jetzt heißt es, unbedingt dem reinen Verantwortungsgefühl, dem Gewissen für das Schicksal folgen und sich auf keine Weise aus wirtschaftlicher Unruhe und Not verlaufen. Frankreich wird sich noch einige Monate sträuben, die Hand von der Gurgel Deutschlands zu nehmen: wenn aber die Summe, die es von Amerika aus der Anleihe erhält, groß genug ist, so daß es seine bankrotte Staatsbilanz gewinnen kann, und wenn Amerika die Garantie für Deutschlands Friedfertigkeit gegen Frankreich, die Amerika um seiner Anleihe willen selbst braucht, leistet, wird Frankreich eines Tages in die Revision des Versailler Vertrages, in die Anleihe und in die Zurückziehung seines Militarismus willigen und sich dann noch als die menschlichste Nation der Erde feiern lassen, nachdem es sein Geschäft gemacht hat. Deutschland ist dann aber unfrei, ein Vasallenstaat Amerikas in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Deutschland verfällt dann in die fürchterlichsten Wirtschaftskrisen, weil seine Waren keinen Absatz mehr finden, denn sie müssen durch die Zinsen für die Anleihe und deren Amortisation stets über dem Weltmarktpreis liegen. Deutschlands Niedergang für Generationen, Deutschlands Schicksal ist dann besiegelt.

Darum muß sich das deutsche Volk heute rüsten, fest zu bleiben gegen alle Versucher aus Amerika, England und der Welt ringsumher. Die Aufgabe für das Jahr 1923 lautet an alle Deutschen: Kampf um Deutschlands Freiheit auch gegenüber Amerikas Anleiheplänen!

Zur Reparationsfrage.

Der neue deutsche Reparationsplan. Paris, 2. Jan. Der deutsche Botschafter Dr. Meyer sprach gestern namens der deutschen Reichsregierung am Quai d'Orsay vor, um die französische Regierung offiziell zu ersuchen, dem heute vormittag hier eintreffenden Staatssekretär a. D. Bergmann Gelegenheit zu geben, den neuen deutschen Reparationsvorschlag der Alliiertenkonferenz zu unterbreiten und vor ihr mündlich zu erläutern.

Die englischen Vorschläge.

London, 30. Dez. Dem „Daily Telegraph“ zufolge hat das britische Kabinett gestern im Verlauf einer sehr kurzen Sitzung die Hauptgrundzüge der Politik gebilligt, die Bonar Law und die britische Delegation auf der Pariser Konferenz vertreten werden. Die technische Frage dieser Politik scheint gestern nicht mehr erörtert worden zu sein. Man sei der Ansicht, daß auf jeden Fall selbst von der anspruchsvollsten Partei die britischen Vorschläge nicht summarisch als ungeeignete Grundlage beiseite geschoben werden könnten. Was jedoch von den britischen Delegierten von Anfang an klar gemacht werden würde, sei, daß die nicht unbedeutenden Zugeständnisse an die Alliierten Englands in der Frage der Kriegsschulden notwendigerweise und unbedingt abhängen würden von der Zustimmung zu der Regelung, die von England nicht nur vorteilhaft, sondern auch praktisch und geschäftsmäßig angesehen werden. Der Gesamtbetrag der Entschuldigungen müsse ermäßigt werden auf eine Summe von beispielsweise 48 bis 50 Milliarden Goldmark, je nachdem, ob die bereits gemachten Zahlungen und Sachleistungen abgezogen werden sollten oder nicht. Auf dieser Grundlage könnte Groß-

britannien möglicherweise einem teilweisen Erlaß der ihm von seinen Alliierten geschuldeten Summe zustimmen. Großbritannien werde aller Wahrscheinlichkeit nach außerdem ein Moratorium für Deutschland fordern, das zwei bis vier Jahre dauere und vielleicht mit dem Grundlag einer darauf folgenden aufsteigenden Zahlungsrate und einer gleichen Rate für die Sachleistungen, sei es während oder nach dem Moratorium. Die Bedingungen für ein solches Moratorium würden sicher umfassende Maßnahmen interalliiert oder internationaler Ueberwachung der Finanzen des Reichs und die baldige Stabilisierung der Mark durch Ausgleichung des deutschen Budgets, eine sorgfältig abgestufte Deflation, die durch die Autonomie der Reichsbank gesichert sei und eine angemessene Anstrengung durch Deutschland, selbst eine internationale Anleihe zu erheben. Die Alliierten könnten eine direktere Art von Pfandrecht erhalten als sie gegenwärtig besitzen, so die Einkünfte aus der Zypriotischen Ausfuhrsteuer und die deutschen Zölle. Was die Fragen der Verzinsungen und Sachleistungen betreffen, so werde die britische Delegation, wie angenommen werde, darauf bestehen, daß in Zukunft keine Sonderabkommen zwischen Deutschland und einzelnen Personen der Alliierten abgeschlossen werden würden, sondern daß alle deutschen Verpflichtungen gemeinsam bestimmt und ihre Durchführung gemeinsam kontrolliert werden soll. England sei vernünftigen, d. h. wirtschaftlichen Garantien wie den oben genannten mit Bezug auf die Stabilisierung der Mark und die deutsche Finanzreform nicht abgeneigt. Auch sei es Strafmaßnahmen nicht abgeneigt, d. h. wirtschaftlichen. Die Vertreter Großbritanniens seien nicht geneigt, zum Voraus die Strafmaßnahmen zu bezeichnen, die im Falle eines zukünftigen vorläufigen Verzugs seitens Deutschlands erzwungen werden würden. Die britischen Delegierten würden jedoch ein Durcheinanderwerfen von Strafmaßnahmen und produktiven Pfändern nicht unterstützen.

Fra reich bezieht auf seiner Pfänderpolitik.

Paris, 30. Dezbr. Nach dem „Petit Parisien“ fand gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Senbourg eine neue Sachverständigenberatung über die Pfänderfrage am Quai d'Orsay statt. Man wisse, daß tatsächlich außerhalb der besonderen Sanktionen, die für gewisse Verletzungen, wie bei den Holzlieferungen festgesetzt werden sollen, die französische These die sei, daß ein Moratorium als Gegenleistung der Besitzergreifung von Pfändern, sei es auf dem linken oder dem rechten Rheinufer, nach sich ziehen müsse. Nach dem Blatt wird an die Erhebung einer Kohlensteuer im Ruhrgebiet gedacht, deren Ertrag 408 Millionen Goldmark ausmachen soll, außerdem an die Beschlagnahme der Zölle im besetzten Gebiet.

Die enge Verbindung zwischen England und Frankreich.

mm. Paris, 30. Dez. (WB.) Der neuernannte englische Botschafter, Lord Crewe, wurde heute nachmittag zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens mit militärischen Ehren im Elysee empfangen. In seiner Begrüßungsansprache sagte der Vertreter Großbritanniens, der König von England habe ihm besonders aufgetragen, dem Präsidenten der französischen Republik sein absolutes Vertrauen in die enge Verbindung Frankreichs und Großbritanniens zu versichern. Diese Gemeinschaft gestatte mit guten Hoffnungen eine politische Zukunft zu erwarten, die aufgebaut sei auf einer moralisch gerechten (?) und vernünftigen Grundlage. Daß sie seit vier Jahren für die Alliierten die Ursache von Illusionen geworden sei, könne man nicht ableugnen. Das sei aber ein Grund mehr, die Beziehungen, die die beiden Nationen miteinander verbinden, zu befestigen und in der gesamten Welt die Anerkennung jener Idee von Gerechtigkeit und Freiheit zu suchen, für die so viele Tausende ihr Leben geopfert hätten. — In seiner Erwiderung erklärte Präsident Millerand, Gewiß habe der Frieden den Siegern nicht jene volle Befriedigung gebracht, auf die sie ein Anrecht hatten zu hoffen. Der Frieden aber schulde ihnen wenigstens ein Minimum, unter das, so gemüht sie auch seien, sie nicht herabsteigen könnten. Die Alliierten würden einig sein, um das zu erreichen. — Die Widersprüche dieser heuchlerischen Phrasen stinkt zum Himmel. Im übrigen bestätigen sie unsere stets vertretene Auffassung, daß die beiden Raubstaaten fest zusammenhalten werden, um ihren Raub zu sichern.

Amerika wartet auf Einladung.

London, 30. Dez. Blättermeldungen aus Washington zufolge wurde nach der gestrigen Sitzung des amerikanischen Kabinetts mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung bereit sei, eine Kommission wirtschaftlicher und finanzieller Sachverständigen

ffen von — 107.
Aufforderung zur — 69.
Verkauf von — 100.
Schwege 300, 301.
en 60, 177.
ebühren 79.
Stelle des — 31.
age 13, 260.
auf Grund-, Gebäude-
euer 262, 284.
erhöhung von — 73.
Schutz der — 75.
einschränken 188.
ebung einer — 282.
uerverordnung 75.
ieb am Kinderfest 125.
be 62, 152, 177.
machung von 52, 228.
mission, Sitzung der — 25.
aus 108, 167.
66.
Berung 246, 301.

den, um bei der Wiederherstellung notleidender...
ber Staaten eine Aufforderung dazu erhalten
vor eine solche Aktion unternommen werden könnte,
europäische Hauptstadt würde für diese Zusammenkunft ge-
eignet werden.

Amerikanische Sprüche.

Newhaven, 30. Dezbr. (Wolff.) In einer Rede vor einer
Versammlung der amerikanischen historischen Gesellschaft
regte Hughes an, die Regelung des Reparationsproblems
solle in der Weise vorgenommen werden, daß es der poli-
tischen Behandlung entzogen und einem Sonderausschuß
von Sachverständigen verschiedener Nationalitäten über-
wiesen werde, deren Ergebnisse von den verschiedenen Na-
tionen nach ihrem eigenen Ermessen verwandt werden
könnten. Das tiefgehende Interesse Amerikas an der Re-
gelung der europäischen Wirtschaftsfrage sei hervorgegan-
gen aus den schädlichen Folgen der gegenwärtigen Verhält-
nisse für das amerikanische Geschäftsleben und aus Erwä-
gungen der Menschlichkeit. Hughes betonte, daß die Grund-
lage der endgültigen Ordnung die Reparationsfrage sei.
Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands werde durch die Ver-
schuldung der Alliierten bei Amerika nicht in Mitleid-
schaft gezogen; diese Verschuldung vermindere nicht Deutsch-
lands Zahlungsfähigkeit. Amerika hege nicht den leise-
sten Wunsch, daß Frankreich irgendeinen Teil seiner gerech-
ten (?) Ansprüche verliere, aber es wüünsche Deutschland
nicht vernichtet zu sehen. Keine wirtschaftliche Wiederher-
stellung Europas sei möglich, solange sich nicht Deutschland
wieder erhole. Es werde keinen dauernden Frieden geben,
wenn nicht die wirtschaftliche Gesundung gesichert sei. Am-
erika sehe mit Mißfallen Maßnahmen, die, anstatt Repara-
tionen zu ergeben, eine Katastrophe herbeizuführen droh-
ten. Hughes fragte, was geschehen sollte, falls die bevor-
stehende Konferenz der Premierminister in Paris zu keiner
Lösung gelangen sollte. Die Aussicht auf Zwangsmaßnah-
men, um Reparationen zu erlangen, sei nicht verlockend.
Der Staatssekretär skizzierte einen Vorschlag, wonach die
höchste finanzielle Autorität in jedem der betreffenden
Länder aufgefordert werden solle, einem Finanzplan zuzu-
stimmen, der von der ganzen Welt als die maßgebendste
erlangbare Meinungsäußerung angenommen werden sollte.
Zweifelloos würde eine hervorragende amerikanische Per-
sönlichkeit gewillt sein, sich einem solchen Auftrage zu un-
terziehen. Hughes sprach schließlich den Wunsch aus, daß
eine offene und freie Aussprache stattfinden möge zu einer
Zeit, wo die Wege amerikanischer Hilfe nicht umhin könn-
ten, sich hoffnungsvoll zu öffnen.

Ein Dementi Tschitscherins.

Lausanne, 30. Dezbr. In einer Unterredung mit dem
Sonderberichterstatter des „Temps“ dementierte Tschit-
scherin heute kategorisch die Behauptung gewisser franzö-
sischer Blätter, wonach er während seines Aufenthalts
in Berlin auf der Reise nach Lausanne in seiner Unterhaltung
mit dem Reichsminister des Auswärtigen v. Rosenbergs Deutsch-
land den Widerstand gegen die französischen Forderungen
angeraten habe. Tschitscherin erklärte weiter, daß er sich
in keiner Weise in die Beziehungen zwischen Deutschland
und den Westmächten eingemischt habe.

Berlin, 30. Dezbr. Zu den heute veröffentlichten Er-
klärungen des russischen Volkskommissars Tschit-
scherin erfährt das WTB von zuständiger Stelle: Deutsch-
scheits kann nur bestätigt werden, daß Herr Tschitscherin
weder dem Reichsminister des Auswärtigen Ratsschöze
erleicht noch den Versuch unternommen hat, die deutsche Po-
litik gegenüber den Westmächten zu beeinflussen.

Protest der französischen Sozialisten gegen Zwangsmaßnahmen.

Paris, 1. Jan. Die sozialistische Partei Frankreichs er-
läßt gemeinschaftlich mit dem Allgemeinen Arbeiterverband
einen Aufruf, worin gegen die Zwangsmaßnahmen gegen
Deutschland protestiert wird.

Die Konferenz in Lausanne.

Eine russische Denkschrift gegen die Orientpolitik der Alliierten. Reizvolle Wahrheiten.

Lausanne, 30. Dezbr. Die russische Abordnung über-
reichte heute nachmittag dem Präsidenten der Konferenz
eine umfangreiche Denkschrift, in der sie lebhafteste Kritik
an der Orientpolitik der Alliierten übt und ausführlich
das russische Programm für einen wirklichen Frieden im
Orient darlegt. Die Denkschrift beginnt mit einem nach-
drücklichen Protest gegen den Ausschluß Russlands von den
Verhandlungen. Hierauf folgen fünf Abschnitte. 1. Ueber
den Bergangenheit, 2. Weltkrieg und Aufteilung der Tür-
kei, 3. Grundlagen eines dauerhaften Friedens im Na-
hen Osten, 4. Balkan und Donaubund.

Lausanne, 30. Dezbr. Nach einer eingehenden Kritik
des Vertrages von Sevres stellt die dem Präsidenten der
Konferenz übermittelte russische Denkschrift fest,
daß die Ziele der alliierten Unterdrückungspolitik nur teil-
weise verwirklicht werden konnten, da der Triumph der
Sowjet-Revolution in Rußland dem türkischen Volke die
Möglichkeit zum Widerstande gab. In der russischen Denkschrift
heißt es weiter: Da Sowjetrußland die Geheimver-
träge annullierte, die ihm Konstantinopel ausgeliefert hät-
ten, rettete es nicht nur die Türkei, sondern auch Bulgarien
und Rumänien aus unmittelbarer Gefahr. Die russische
Delegation ersuche die beiden Länder, dieser Tatsache
eingedenk zu sein in dem Augenblick, in dem sie gewisse
Kombinationen gegen Sowjetrußland begünstigten. Außer
der Türkei trugen auch die Araber in ihrem Unabhängig-

Der Bezugspreis auch unseres Blattes mußte in-
folge dauernder Steigerung sämtlicher Herstellungsk-
osten in einer Weise erhöht werden, daß mancher treue
Leser unseres Blattes aus wirtschaftlichen Gründen
den Bezug des Blattes aufgeben mußte. Davon aus-
gehend, daß es heute mehr denn je notwendig ist, daß
jeder Deutsche sich eine unabhängige, von nationalem
Empfinden getragene Zeitung hält, wurden uns von
verschiedener Seite in dankenswerter Weise Geldmittel
zur Verfügung gestellt, die es uns ermöglichen, zu-
nächst einer beschränkten Anzahl bedürftiger Leser unser
Blatt im Monat Januar gratis zuzustellen. Für den
Bezug dieser Freieemplare kommen nur Personen in
Betracht, die von jeder Erwerbsmöglichkeit ausge-
schlossen sind.

Anmeldungen für kostenlose Zustellung des Blattes
können auf unserer Geschäftsstelle schriftlich oder münd-
lich gemacht werden.

Weitere Geldspenden für obige Zwecke nehmen
wir jederzeit gerne entgegen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

keitskampfe dazu bei, daß die Bestimmungen des Ver-
trages von Sevres abgeändert wurden. Bedauerlicherweise
aber verzichteten die Mächte nicht auf ihre auf Beherrschung
und Expansion ausgehende Politik. Sie lösten die Meer-
engenfrage in einer Weise, die die Dardanellen zum Stütz-
punkt gegen die Länder des Schwarzen Meeres machte.
Die Konflikte im Orient könnten aber nur aufhören, wenn
die imperialistischen Mächte darauf verzichteten, die Mu-
hammedaner als untergeordnete Völker zu behandeln. So
müßten die Türken in ihren wirtschaftlichen, juristischen
und finanziellen Einrichtungen durchaus unabhängig sein.
Die russische, ukrainische und georgische Delegation erklär-
ten jetzt schon jede Konzession, die außerhalb des üblichen
Rechts stehe, und der Türkei durch den Druck der Mächte
aufgezwungen würde, als moralisch und juristisch wertlos.
Was die künftige Grenze der Türkei betreffe, so müßte sie
sich an den nationalen Pakt halten und Volksabstimmungen
müßten stattfinden. Die Minderheitenfrage könne man nur
lösen, wenn im Orient normale Verhältnisse hergestellt
und die Ursachen künftiger Kriege unterdrückt würden.
Die in Lausanne vorgeschlagene Lösung habe einen ein-
seitigen Charakter und sei wirkungslos; sie verfolge einzig
den Zweck, die Existenz des Völkerbundes zu rechtfertigen,
der lediglich eines der Beherrschungsmittel der imperialis-
tischen Großmächte sei. Die Minderheitenfrage werde nur
auf einer besonderen Konferenz zu lösen sein, die die Lage
der religiösen und nationalen Minderheiten in allen Län-
dern unteruchen müsse. Die russische Delegation mache dar-
auf aufmerksam, daß es im Interesse des Weltfriedens un-
bedingt notwendig sei, sowohl auf unmittelbare wie auf
verschleierte Eroberungen zu verzichten und daß Rußlands
Sympathie den Befreiungskampf des muhammedanischen
Volkes begleite. In ihrem letzten Abschnitt sagt die Denkschrift,
daß, solange die flagrante Vergewaltigung des Selbst-
bestimmungsrechtes der Völker auf dem Balkan und
an der Donau fortbestehe, wie sie in verschiedenen Verträ-
gen nach dem Balkankriege vor dem Weltkrieg begangen
wurde, der Friede nicht gesichert sei. Die Verträge von
London und Bukarest 1913, die Verträge von St. Germain,
Trianon und Neuilly, haben ohne Bezragung der Völker
ganze Länder und Provinzen zu anderen Staaten einverleib-
t. Sowjetrußland könne jedoch die territorialen Ver-
änderungen, die entgegen dem Selbstbestimmungsrecht vor-
genommen wurden, nicht anerkennen. Es gebe nur ein
Mittel, um im Donaugebiet und auf der Balkanhalbinsel
zu friedlichen Zuständen zu gelangen: die Völker dieser
Gebiete müßten sich unter Beibehaltung ihrer Autonomie
zu einem kooperativen Staat zusammenschließen. Das Me-
morandum schließt mit der Erklärung, daß die russische Ab-
ordnung, indem sie den anderen Delegationen die aufmerk-
same Prüfung dieser Darlegungen anempfehle, eine wesent-
liche Pflicht gegen die durch die Kriege erschöpften Völ-
ker der ganzen Welt erfülle.

Neue griechische Angriffspläne??

Paris, 29. Dezbr. Havas erfährt aus Rom von ge-
wöhnlich gutunterrichteter Seite, in militärischen Kreisen
herrsche eine gewisse Erregung, da man sich die Frage vor-
lege, ob die jetzt neu gruppierten griechischen Truppen nicht
versuchen würden, in Thrazien einzudringen. Die Marka-
Grenze sei seit Abschluß des Waffenstillstands von Mudania
nur durch schwache alliierte Abteilungen bewacht. Man
glaube in Rom, wenn die dem griechischen Generalstab zu-
geschriebenen Pläne verwirklicht würden, werde die poli-
tische Lage im Orient davon tief berührt werden. — Hinter
solchen Plänen würden doch wieder die Alliierten stehen.

Deutschland und Italien.

Italien wünscht ein „herzliches“ Verhältnis zu Deutschland.

Berlin, 30. Dez. Der Reichspräsident hat heute den neu-
ernannten italienischen außerordentlichen und bevollmächtigten
Botschafter Comte del Rosari zur Entgegennahme seines Be-
gläubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens des bis-

herigen italienischen Botschafters Fraratti empfangen. Bei dem
Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen zugegen. Der
Botschafter hielt folgende Ansprache: Ich habe die Ehre, Ew.
Erzellenz das Schreiben zu überreichen, das mich bei Ihnen als
außerordentlichen bevollmächtigten Botschafter des Königs von
Italien, meines erhabenen Souveräns, beglaubigt. Die mir von
meiner Regierung erteilten Instruktionen und meine persön-
liche Ueberzeugung werden mich bei der Ausübung meines Am-
tes veranlassen, meine ganze Kraft einzusetzen, um zwischen Ita-
lien und Deutschland die von meinem Vorgänger glücklich wieder-
hergestellten Beziehungen immer herzlicher zu gestalten. Ich ver-
traue bei der Durchführung dieser Absicht auf die Mitwirkung
Ew. Erzellenz und entbiete Ihnen meine wärmsten Wünsche für
Ihr persönliches und für das Wohlergehen der großen deutschen
Republik. — Der Reichspräsident hat mit Beglaubigung
des Königs von Italien entgegenzunehmen, durch das Sie als
außerordentlich bevollmächtigter Botschafter mit Beglaubigung
werden. Ich nehme gerne davon Kenntnis, daß Ew. Erzellenz
gemäß den Instruktionen Ihrer Regierung und Ihrer persön-
lichen Ueberzeugung bestrebt sein werden, das von Ihrem vor-
dienstvollen Vorgänger glücklich angebahnte Werk der Annähe-
rung zwischen Deutschland und Italien mit allen Kräften zu
fördern und versichere Sie dabei meiner und der deutschen Re-
gierung bereitwilligen Mitarbeit. Indem ich Ihnen, Herr Bot-
schafter, für die mir dargebrachten Wünsche für mein persön-
liches Wohlergehen und für das Gedeihen der Deutschen Repu-
blik meinen aufrichtigsten Dank ausspreche, heiße ich Sie namens
der deutschen Regierung willkommen. — Hieran schloß sich eine
Unterhaltung, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsi-
denten auch die Mitglieder der Botschaft vorstellte. Weiter hat
der Reichspräsident heute den neu ernannten Gesandten der
ukrainischen sozialistischen Räterepublik, Kussem, und den des
Königreichs der Serben, Kroaten, Slowenen, Marlowitich, zur
Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben im Beisein des
Staatssekretärs im Auswärtigen Amte, Freiherr v. Maljahn
empfangen.

Die Offfragen.

Rußlands Politik und Wirtschaft.

Moskau, 29. Dez. (Russ. Tel.-Ag.) Auf dem allrussischen Räte-
kongress kam Kamenev in seinem Bericht auch auf die Ab-
rüstungskonferenz zu sprechen und erklärte, wenn die Mächte
die proletarische Republik bedrohen würden, so würde diese trotz
der Verminderung ihres Armeebestandes ungezügelt Streikkräfte
zur Verteidigung ihrer Grenzen, ihrer Ehre und ihrer Unab-
hängigkeit zur Verfügung haben. Zur Frage des Außenhandels
sagte Kamenev, die Hauptwaffe gegen die Versuche, Rußland zu
einer Kolonie zu machen, sei das Außenhandelsmonopol. — In
der zweiten Sitzung des Kongresses verlas der Vorsitzende des
obersten Wirtschaftsrates, Bogdanow, einen Bericht über die
Lage der Industrie. Er bemerkte, daß ungeachtet der außer-
ordentlich schwierigen Verhältnisse, mit denen die Industrie zu
Beginn der neuen Wirtschaftspolitik zu kämpfen gehabt habe,
auf allen Gebieten der Industrie eine sichere Tendenz zum Auf-
stieg bemerkbar sei. Der Referent erklärte, daß die Sowjet-
republik jetzt dem ausländischen Kapital für Rußland günstigere
Bedingungen stellen könnte.

Ein Bund der russischen Sowjetrepubliken.

Moskau, 30. Dezbr. (Russ. Tel.-Ag.) Auf dem allrussischen
Rätekongress begannen heute die Beratungen über die
Frage der Schaffung eines Bundes der Sowjetrepubliken.
Als Referent erklärte Stalin, daß die Notwendigkeit einer
solchen Vereinbarung durch die innerwirtschaftliche Lage
aller in den Bund aufzunehmenden Republikan diktiert
werde. Im Mittelpunkt der Vereinbarung würde die Bil-
dung gemeinschaftlicher gesetzgebender und ausführender
Organe stehen. Nach Stalin sprachen die Vertreter der
Ukraine, Aderbeidschans, Armeniens und Weiß-Rußlands.
Der endgültige Antrag über die Vereinigung wird dem
ersten Kongress des Bundes der Republikan zur Beistätigung
vorgelegt werden.

Eine russisch-deutsche Handelsaktiengesellschaft.

Moskau, 30. Dezbr. Wie die Russ. Tel.-Ag. aus Peters-
burg meldet, wurde dort eine Abteilung der Russisch-Deut-
schen Handelsaktiengesellschaft eröffnet, die sich mit der Ein-
fuhr von Waren nach Rußland beschäftigen wird. In
Petersburger Lagerräumen lägen gegenwärtig ausfuhr-
freie Rohstoffe im Werte von 253 000 Pfund Sterling.

Rußland und Amerika.

Tschitscherin wünscht Amerikas Mitarbeit.

Lausanne, 30. Dezbr. Bei einem Empfang der amerika-
nischen Journalisten gab Tschitscherin eine Erklärung ab,
in der er sagte, das russische Volk hoffe und wünsche zu Be-
ginn des neuen Jahres, ungestört arbeiten und seine Pro-
duktion wieder ausbauen zu können. Er fragte, ob das ameri-
kanische Volk beiseite stehen wolle. Rußland habe keinen
größeren Wunsch, als sich die Mitarbeit des amerikanischen
Volkes zu seinem Wiederaufbau zu sichern. Ein solche frucht-
bare Zusammenarbeit würde von Nutzen für alle Völker
sein. Bezüglich der Lausanner Konferenz erklärte er, er sei
dorthin gekommen, um den Frieden im Schwarzen Meer
und die Sicherheit seiner Küsten wieder herzustellen. Aber
Rußlands Hoffnungen seien vernichtet worden. Fremde
Kriegsschiffe, so sagte Tschitscherin, werden vor unseren Kü-
sten kreuzen und die Folge wird gegenseitige Rüstung sein.
Unsere Friedensbemühungen stellen andere ein System
ständiger militärischer Bedrohungen entgegen. Aber unsere
Hoffnung wird nicht zuschanden werden. Die Flottenab-
rüstung sei in Washington eingeleitet worden. Diesem Ziel
strebe Rußland entgegen. Nur eine allgemeine Flottenab-
rüstung könne wirksam sein und sei die einzige völlige Lö-
sung der Meerengenfrage.

hat dies
früher.
den besse
die Vera
kurzem E
langere
mungsvo
Kirchenh
hebende
laufchte.
Choral
gejunge
bietunge
Monden

Das
hat nur
Person
Feste rid
Sonntag
gangen
(Zuvor
am 10.
sonntag.

Der
Sitzungsja
über Bef
Löhne in
lung zu
des Höch
möglich ist
1. Januar
20. März
und 10. Lo
schlags ka
jeweils vi
schädigt
rung ents
chen Schri
heute schon
allgemeine
hat auch d
Trotz der
waltung a
genitale E
die bei der
gen beibe
weiter be
höhen so
rung eing
Genehmig
druck, daß
bisherigen
großen Kre
zungsverh
Belastung
mittelmä
beziehen, le
für die Sa
daß sie lau
erreichen, u
2 Stufen
Hand mit
Meinungs
Rassenvor

33)
„Ist d
brachten?“
„Wie e
Glauben
„Und d
denke, w
bis Weihn
Süßigkeiten
und hat so
„Gleich
gung kennt
„Ist u
hassen und
wenigen
armes Kin
In deiner
schlecht ein
der ist dir
Sie sah
Liebe an.
„Und ich
sollen!“ —
tief er, „J
an deinem
Betragen h
getrieben!
Schuld.“
„Ich hab
du wider m

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. Januar 1923.

Die Spivesternacht

hat diesmal einen erheblich ruhigeren Verlauf genommen als früher. Den größten Einfluß auf die der Stimmung dieser Stunden besser angepaßten Gestaltung der Neujahrsnacht dürfte wohl die Veranstaltung auf dem Marktplatz ausgeübt haben. Nach kurzem Glodenläuten sangen die Männerchöre der hiesigen Gesangsvereine unter Leitung von Rektor Beutel zwei stimmungsvolle Chöre und die gemischten Chöre des ev. und kath. Kirchenchors unter Leitung von Hauptlehrer Nischele zwei erhebende Choräle, denen die große Zuhörermenge andächtig lauschte. Vom Turm wurde zuletzt von der Stadtkapelle der Choral „Jesu geh voran“ gespielt, der von den Teilnehmern mitgeungen wurde. Ruhig ging man nach den eindrucksvollen Darbietungen nach Hause. Ein klarer Sternenhimmel und heller Mondenschein verschönten die Feier.

Das Jahr 1923.

Das neue Jahr ist ein gemeines Jahr, d. h. der Februar hat nur 28 und das Jahr demgemäß nur 365 Tage. Der Ostersonntag, nach dem sich die beweglichen kirchlichen Feste richten, fällt auf den 1. April. Demgemäß wird der Sonntag Estomihi (Ferrenfastnacht) am 11. Februar begangen, Achermittwoch am 14. und der erste Fastensonntag (Invokavit) am 18. Februar. Am 30. März ist Karfreitag, am 10. Mai Himmelfahrtstag und am 20. Mai Pfingstsonntag.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Der Ausschuß tagte am letzten Samstag nachmittag im Sitzungssaal des Rathauses in Calw, um zu der Verordnung über Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Grundlöhne in der Krankenversicherung vom 1. Dezember 1922 Stellung zu nehmen. Da nach dieser Verordnung eine Erhöhung des Höchstgrundlohnes von bisher 5000 Mark auf 1800 Mark möglich ist, hat der Kassenvorstand beim Ausschuß beantragt, auf 1. Januar 1923 den niedersten Grundlohn auf 60 Mark (seit 20. März) und den Höchstgrundlohn auf 1300 Mark festzusetzen und 10 Lohnstufen einzuführen. Bei der Besprechung dieses Vorschlags kam zum Ausdruck, daß die Erhöhung der Grundlöhne jeweils viel zu spät erfolge, wodurch die Krankenkassen sehr geschädigt seien, da die Ausgaben immer der fortschreitenden Teuerung entsprechend anfallen und die Einnahmen lange nicht gleichen Schritt halten. Da der Höchstgrundlohn von 1800 Mark heute schon weit überholt sei, könne der gemachte Vorschlag nur allgemeine Billigung finden. Die beantragte Stufeneinteilung hat auch die einstimmige Zustimmung des Ausschusses gefunden. Trotz der gewaltigen Grundlohnerhöhung hat die Kassenverwaltung an Hand von Berechnungen festgestellt, daß eine prozentuale Erhöhung der Beiträge sich nicht vermeiden lasse, wenn die bei der Kasse in großem Umfang eingeführten Mehreleistungen beibehalten werden wollen. Der Kassenvorstand hat deshalb weiter beantragt, den Beitragsfuß von 8 auf 9 Prozent zu erhöhen insoweit, als der Grundlohn nicht rechtzeitig auf die Teuerung eingestellt werde. Auch dieser Antrag hat die einstimmige Genehmigung des Ausschusses gefunden. Dabei kam zum Ausdruck, daß die als Mehrleistung eingeführte Familienhilfe in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden solle, da sie für einen großen Kreis der Bezirksbevölkerung bei den bestehenden Teuerungverhältnissen geradezu unentbehrlich geworden sei. Eine Befreiung der ledigen Versicherten, mit Beiträgen für die Familienhilfe, soweit sie vom Arbeitgeber freie Kost und Wohnung beziehen, komme so gut wie nicht in Frage, da die Wertanschläge für die Sachbezüge im hiesigen Bezirk so nieder bemessen seien, daß sie kaum den häufigsten Betrag des tatsächlichen Aufwands erreichen, wodurch eine Stufenermäßigung von mindestens 1 bis 2 Stufen eintrete. — Des weiteren hat der vertragslose Zustand mit den Zahnärzten und Dentisten Württembergs einen Meinungsaustausch hervorgerufen, der darin gipfelte, daß der Kassenvorstand ermächtigt werde, Mittel und Wege zu suchen,

um der Wiederholung eines derartigen Zustandes nach Möglichkeit vorzubeugen. — Hierfür erfolgte die Annahme einer Satzung für die Hausgewerbetreibenden im Oberamtsbezirk. — Zum Schluß teilte der Kassenvorstand noch mit, daß zur Entlastung des Verwalters dem zweiten Beamten die Funktionen eines Kassiers übertragen worden seien, wozu der Ausschuß seine Einwilligung gegeben hat. (Die aus den neuen Grundlöhnen sich ergebenden Beiträge und Leistungen sind aus dem Anzeigenteil ersichtlich. Weitere Tabellen werden nur auf Wunsch abgegeben, da solche nur in beschränktem Umfange gedruckt werden. Es wird deshalb gebeten, die Tabelle auszuschneiden.)

Preisunterschiede bei Berechnung des elektrischen Stromes.

Man schreibt uns: Daß die Preise für Lebensmittel und Kleidung von Woche zu Woche steigen, ist man nachgerade gewöhnt, sodaß man sich nicht mehr besonders darüber aufhält. Nur die verschiedenen Preise für ein und dieselbe Ware zu gleicher Zeit rufen da und dort noch Gemütsaufwallungen hervor; so auch die unterschiedlichen Preise für den elektrischen Strom, die RWSt., welche bei den einzelnen zum Teil benachbarten Orten auch nicht annähernd gleich sind. Darüber aufzuklären, ist der Zweck dieser Zeilen. Es liegt auf der Hand, daß ein mit Goldmark erbautes Wasserwerk heute billiger liefern kann, als ein ebenfalls mit Goldmark erbautes Kohlenwerk. Ein weiterer Preisunterschied kommt noch herein, wenn die Maschinenanlagen und die Holzmasten des Leitungsnetzes des einen Ortes mit Papiermark erneuert werden müssen, die des andern jedoch nicht, denn die vorzüglichsten Rücklagen für Erneuerung sind bei der jetzigen Geldentwertung durchaus ungenügend geworden. Die Elektrizitätswerke leben eben von der Substanz wie noch viele Betriebe im Lande, die der Geldentwertung mit den Rücklagen nicht zu folgen vermögen, was mit der Zeit allerdings zum Schlimmsten führen muß. Welche Summen nur für die Auswechslung abgenutzter Holzmasten im Verhältnis zum Anlagekapital z. Bt. erforderlich werden, möge folgendes Beispiel zeigen: Ein kleines Ueberlandwerk mit etwa 400 Klm. Leitung auf Holzmasten sei mit einem Aufwand von 5 Millionen Goldmark in den Jahren 1910—20 erbaut und erweitert worden. Da die Lebensdauer der Holzmasten je nach Holzart und Bodenbeschaffenheit im Mittel 15 Jahre beträgt, so muß das Werk jetzt nach und nach seine 12 000 Holzmasten durch neue ersetzen. Es werden pro Jahr ca. 1200 Stück zu ersetzen sein, welche früher ca. 20 000 Goldmark gekostet hätten, heute aber einen Betrag von 110 Millionen Mark erfordern. Es ist zu beachten, daß nur für die Erneuerung eines Teils des Werkes das 22fache des gesamten Anlagekapitals aufzuwenden ist. Da dieser Aufwand kein Mehrverkauf von RWSt. gegenübersteht, so muß der Strompreis naturgemäß sehr

in die Höhe schnellen und somit entsprechend höher sein, als bei einem Wert, das solche Aufwendungen jetzt und in den nächsten 5—10 Jahren nicht aufzubringen hat. Daß die Beschaffung der Mittel zu solchen Zwecken nicht ganz einfach ist, sei nur nebenbei erwähnt.

(S. B.) Stuttgart, 30. Dez. Die Kommunistische Partei Groß-Stuttgart veranstaltete am Donnerstag abend 6 Massenversammlungen, die sich mit dem Problem des internationalen Faschismus und der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei befaßten. Die Versammlungen waren gut besucht. Als Redner traten auf: Reichstagsabg. Kühnen, die sächsischen Landtagsmitglieder Böttcher und Siebert, Dr. Ernst Mayer-Berlin, die Parteisekretäre Karl, Berner und Mayer. In einigen Versammlungen sprachen auch Nationalsozialisten. Alle Versammlungen verliefen ohne Störungen.

(S. B.) Stuttgart, 29. Dezbr. Am Donnerstag wurden die heimgekehrten Kriegsgefangenen bei der Kriegsgefangenenstelle dienstlich abgefertigt und damit aus dem Militärverhältnis entlassen. Freitag morgen haben sie Stuttgart verlassen, nicht ohne allen, die sich so freundlich um sie bemüht hatten, öffentlichen Dank auszusprechen.

(S. B.) Stuttgart, 30. Dezbr. Ein schönes Beispiel von Gebehrigkeit haben die Angestellten der Stuttgarter Allgemeinen Deutschen Versicherungsvereins erbracht. Eine Sammlung zu Gunsten der Altpensionäre dieser Gesellschaft ergab den Betrag von 185 000 M. Damit konnten den Notleidenden Weihnachtsgaben bis zum Einzelbetrag von 12 000 M überreicht werden. Für einen erkrankten, besonders dürftigen Pensionär wurden 30 000 M bereitgestellt.

(S. B.) Wehingen, 29. Dez. Der als Bankbeamter in Frankfurt angestellte 31 Jahre alte einzige Sohn des Lederhändlers Joh. Wed, der die Weihnachtsfeiertage im Elternhaus zubringen wollte, nahm vor dem Schlafengehen in bestem Wohlsein noch ein Bad. Am anderen Morgen wurde er tot in der Badewanne angetroffen. Eine Herzlähmung hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Vor einigen Jahren ist sein jüngerer Bruder beim Baden im Neckar in Nürtlingen vom Schläge gerührt worden.

(S. B.) Göppingen, 29. Dezbr. Bekanntlich stellte die Rathausfraktion der Verein. Sozialdem. Partei anlässlich der Vorfälle am 11. Dez. an die Stadtverwaltung eine Anfrage, in der sie Schutz der Einwohner gegen bewaffnete Angriffe verlangte. Oberbürgermeister Hartmann erwiderte darauf, daß das Versammlungsverbot besondere Schutzmaßnahmen der Gemeindebehörde überflüssig mache, zumal deren Zuständigkeit auf diesem Gebiet sehr beschränkt sei. Das schwebende gerichtliche Verfahren nötige die Gemeindebehörde, wie die ganze Deffentlichkeit, mit dem Urteil über die Einzelheiten der Schutzfrage zurückzuhalten. Wenn nicht von auswärtigen bewaffneten Schar nach Göppingen gekommen wäre, wäre Ruhe und Ordnung, die bei viel ernstern Anlässen nie gestört wurde, auch am 11. Dez. aufrecht erhalten geblieben. Mit den Stimmen der Zentrumspartei wurde dann eine sozialdemokr. Entschließung vom Gemeinderat angenommen, in der der Landtagsbeschluss gebilligt und an die Unterstützung aller republikanisch gefinnnen Einwohner appelliert wird.

(S. B.) Grozheim, 1. Jan. In das in der Leutkircher Straße gelegene Konfektions- und Manufakturwarengeschäft von Clothilde Thuma wurde eingebrochen und Damenmäntel, Seidenkleider und Blusen, Bettüberzüge, weiße Tischtücher, Leinwand, Herrenhemden, Schals, Strickwolle usw. im Wert von mehreren Hunderttausend Mark gestohlen. Es dürfte sich um eine wohl organisierte sachmännlich geschulte Diebesgesellschaft handeln, denn es wurden nur die besten Stücke gestohlen. Leider fehlt jeder Anhaltspunkt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der H. Oelshöfer'schen Buchdruckerei, Calw.

An unsere Leser!
Der
Bezugspreis
für das „Calwer Tagblatt“
beträgt für den
Monat Januar 630 M.
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kutz.

„Jetzt begreife ich alles! Und er hat seinen Schwur gebrochen?“
„Wie ein Gauner, der nichts von Ehre und Treue und Glauben weiß.“
„Und doch ist es mir unbegreiflich! Wenn ich zurückdenke, wie er damals den ganzen Sommer und Herbst, ja bis Weihnachten, neben dir gelebt hat — er hat doch deine Hilfslosigkeit, deine verzweiflungsvolle Lage kennen müssen, und hat so ganz gleichgültig dagegen sein können?“
„Gleichgültig, wie ein Klotz, der keine menschliche Regung kennt.“
„Jetzt weiß ich erst, wie recht ich hatte, ihn so tief zu hassen und zu verachten!“ rief Erhard aus. „Mit diesen wenigen Worten weiß ich nun deine ganze Geschichte. Du armes Kind, gegen dich soll niemand einen Stein aufheben. In deiner unerfahrenen Jugend hast du nicht gewußt, wie schlecht ein Mensch sein kann, und keine Mutter, kein Bruder ist dir zur Seite gestanden.“
„Sie sah ihn selbstvergessen und mit dem vollen Blick der Liebe an.“
„Und ich,“ fuhr er fort, „ich, der ich dich hätte bewahren sollen!“ — Er schlug sich plötzlich vor den Kopf: „Justine!“ rief er, „jetzt wird es mir auf einmal klar! Ich selber bin an deinem Unglück schuld gewesen. Durch mein dummes Betragen habe ich dich dem — dem anderen in die Arme getrieben! Sage nur: so ist es! und gib mir die ganze Schuld.“
„Ich habe damals durchaus nicht verstehen können, was du wider mich gehabt hast,“ erwiderte sie ausweichend.

„Nichts!“ rief er, „so wenig als du wider mich! Es war gar nichts, als die unreife Hebigkeit des Buben, der ein Mann werden soll und den Weg nicht finden kann. Wir haben einander doch von Anfang an lieb gehabt und sind wie füreinander bestimmt gewesen; wie aber nun die Zeit kam, daß wir uns hätten verstehen sollen, da war ich dir so vorstig und trugig, daß ich mich jetzt noch nicht mehr begreifen kann. Ich brauche dir nicht davon zu erzählen, dir wird es noch hinlänglich im Andenken sein. Es wollte mir eben gar nicht in den Kopf, daß ein bloßes Kind mir so zu schaffen machen sollte, und wiederum, so oft ich dich vor den Kopf stieß, hätte ich mir hinterher alle Haare dafür ausrauben mögen. Das hätte ich jetzt vollends doppelt nötig, nun ich erst recht sehe, was du davon gehabt hast, daß du mich lieb hatte!“

„Ich bin mir nicht recht klar Bewußt gewesen,“ sagte sie, „sonst wäre es nie so weit gekommen, sonst hätte ich eher verstanden, was in dir vorgeht, und alles wäre zwischen uns anders gegangen. Du weißt, ich habe an dir hinaufgesehen wie an einem älteren Bruder, und da hält es schwer und dauert lange, bis eine eigentliche Liebschaft daraus wird. Es ist freilich eine Zeit kommen, wo ich mich selber besser verstanden habe, aber da ist es eben viel zu spät gewesen und alles verloren! Da habe ich mich dann als die schlechteste und verworfenste Kreatur auf Erden ansehen müssen!“

„Das bist du nicht!“ rief er lebhaft. „Wer will dich verdammten, daß du dem Eidschwur eines Schurken Glauben geschenkt hast?“

„Daraus hätte ich mir auch keinen so schweren Vorwurf gemacht,“ erwiderte sie. „Aber daß ich an dir und mir einen Mord begangen habe, das habe ich mir nie verzeihen

können, und nie werde ich mirs verzeihen.“

„Aber ich verzeihe es dir und nehme den Mord auf mich!“ rief er, indem er sie von neuem in die Arme schloß und ihren Mund mit Küssen bedeckte. Sie duldete sie, ohne sie zu erwidern.

„Ach Erhard!“ sagte sie wehmützig, indem sie sich ihm entwand, „ich habe mir nicht vorgestellt, daß ich dich je in diesem Leben wiedersähe.“

„Ich habe keinen Tag eher kommen können,“ erwiderte er und erzählte ihr in der Kürze seine Schicksale. „Nicht als ein reicher Mann,“ setzte er hinzu, „aber doch wenigstens als ein gemachter Mann habe ich wiederkehren wollen, und das hat nicht sein können in dem furchtbaren Strudel von Glückswechseln, wo mich jeder Tag zum Bettler machen konnte. Mit dem ersten Augenblick, der mich frei machte und mich meinen Besitz übersehen ließ, bin ich hierher geeilt.“

„Du wirst doch nicht glauben, ich habe dir einen Vorwurf machen wollen,“ sagte sie dazwischen.

„Und mit welchem Herzklopfen!“ fuhr er fort. „Raum hatte ich dir das Liebewort gesagt, das auf Nimmerwiedersehen gelten sollte, so war mirs, als könnte es gar nicht so gemeint gewesen sein, und auch deine letzten Worte klangen mir im Ohr, als ob du eigentlich hättest „Ja“ sagen wollen, und ich hätte dich nur mißverstanden. Ich rebete mir vor, du habest mir zu verstehen geben wollen, mein störrisches Wesen biete keine sichere Aussicht für unser Fortkommen; denn wahr ist's, wer arm ist, muß sich in alles fügen, wozu ich vielleicht zu stolz gewesen wäre. Dieser Stolz ist auch meiner Liebe oft in den Weg getreten, oft habe ich mit dir getrunzt und habe manchen Versuch gemacht, dich zu verzeihen.“

(Fortsetzung folgt.)

Krankenversicherung								Invalidenversicherung									
Stufe	Arbeits- verdienst für den Arbeitstag	Grundlohn	Wochenbeitrag			Sterbe- geld	Klasse	Jahresarbeits- verdienst	Wochenbeitrag			Personen die nur Barlohn erhalten, und zwar					
			Ganzer Bei- trag	Anteil des Arbeits- gebers	Anteil des Versicherten				Ganzer Bei- trag	Anteil des Arbeits- gebers	Anteil des Versicherten	täglich	wöchentlich	zehntätiglich	vierzehntätiglich	monatlich	
I	bis zu 89,99 M einschließlich	60	33	11	22	30	1200	1	bis 7200 M	10	5,00	5,00	bis 24 M	bis 138,99 M	bis 240 M	bis 276,9 M	bis 600 M
II	von 90 M bis 149,99 M	120	66	22	44	60	2400	2	von 7200 M bis 14400 M	20	10,00	10,00	von mehr als 24 M bis 48 M	von 139 M bis 276,99 M	von mehr als 240 M bis 480 M	von 277 M bis 553,99 M	von mehr als 600 M bis 1200 M
III	von 150 M bis 209,99 M	180	96	32	64	60	3600	3	von 14400 M bis 28800 M	30	15,00	15,00	von mehr als 48 M bis 96 M	von 277 M bis 553,99 M	von mehr als 480 M bis 960 M	von 554 M bis 1107,99 M	von mehr als 1200 M bis 2400 M
IV	von 210 M bis 349,99 M	300	162	54	108	150	6000	4	von 28800 M bis 57600 M	40	20,00	20,00	von mehr als 96 M bis 192 M	von 554 M bis 1107,99 M	von mehr als 960 M bis 1920 M	von 1108 M bis 1938,99 M	von mehr als 2400 M bis 4800 M
V	von 350 M bis 499,99 M	450	240	80	160	225	9000	5	von 57600 M bis 115200 M	50	25,00	25,00	von mehr als 192 M bis 384 M	von 970 M bis 1384,99 M	von mehr als 1680 M bis 2400 M	von 1939 M bis 2769,99 M	von mehr als 4800 M bis 9600 M
VI	von 500 M bis 749,99 M	600	330	110	220	300	12000	6	von 115200 M bis 230400 M	65	32,50	32,50	von mehr als 384 M bis 768 M	von 1385 M bis 2076,99 M	von mehr als 2400 M bis 3600 M	von 2770 M bis 4133,99 M	von mehr als 9600 M bis 19200 M
VII	von 750 M bis 1049,99 M	900	480	160	320	450	18000	7	von 230400 M bis 460800 M	85	42,50	42,50	von mehr als 768 M bis 1536 M	von 2077 M bis 2769,99 M	von mehr als 3600 M bis 5400 M	von 4154 M bis 5538,99 M	von mehr als 19200 M bis 38400 M
VIII	von 1050 M bis 1349,99 M	1200	645	215	430	600	24000	8	von 460800 M bis 921600 M	110	55,00	55,00	von mehr als 1536 M bis 3072 M	von 2770 M bis 4133,99 M	von mehr als 5400 M bis 8100 M	von 5539 M bis 8307,99 M	von mehr als 38400 M bis 76800 M
IX	von 1350 M bis 1649,99 M	1500	810	270	540	750	30000	9	von 921600 M bis 1843200 M	145	72,50	72,50	von mehr als 3072 M bis 6144 M	von 4154 M bis 6230,99 M	von mehr als 8100 M bis 12150 M	von 8308 M bis 12461,99 M	von mehr als 76800 M bis 153600 M
X	von 1650 M und mehr	1800	975	325	650	900	36000	10	von 1843200 M bis 3686400 M	180	90,00	90,00	von mehr als 6144 M bis 12288 M	von 6231 M bis 8307,99 M	von mehr als 12150 M bis 18225 M	von 12462 M bis 16615,99 M	von mehr als 153600 M bis 307200 M
1	Lehrlinge ohne Entgelt 2/3	60	22	7	15	—	1200	11	von 43200 M bis 57600 M	225	112,50	112,50	von mehr als 1440 M bis 1920 M	von 8308 M bis 11076,99 M	von mehr als 14400 M bis 19200 M	von 16616 M bis 22153,99 M	von mehr als 307200 M bis 409600 M
								12	von 57600 M bis 72000 M	270	135,00	135,00	von mehr als 1920 M bis 2400 M	von 11077 M bis 13846,99 M	von mehr als 19200 M bis 24000 M	von 22154 M bis 27692,99 M	von mehr als 409600 M bis 600000 M
								13	von 72000 M und darüber	320	160,00	160,00	über 2400 M	von 13847 M an	über 24000 M	von 27693 M an	über 600000 M

Die Beiträge sind auf 9 Hundertstel des Grundlohns festgesetzt.
Der Wert der Sachbezüge (Kost und Wohnung) ist folgender:
für Arbeiter und Diensthoten
täglich 200 M wöchentlich 1400 M monatlich 6000 M jährlich 72000 M

Erhalten die Beschäftigten neben dem Barlohn auch Sachbezüge (wie Kost, Wohnung, Kleidung, Deputat, Land- oder Viehhaltung) so ist der Wert hierfür dem Barlohn zuzurechnen. Fast allgemein gelten hierfür die vom Landesfinanzamt für den Steuerabzug festgesetzten Sätze.
Ebenso müssen Gewinnanteile und andere Bezüge, die der Versicherte gewohnheitsmäßig erhält, z. B. Weihnachtsgeschenke, in dem im vorausgehenden Kalenderjahre gewährten Höhe, Stiel- und Kleidergelder, sowie Wert der Kleidungs- u. Wäschestücke, die Dienstboten vielfach noch erhalten, dem Barlohn zugezählt werden.
Steuern, Krankenkassen- und ähnliche Beiträge dürfen nicht in Abzug gebracht werden.
Der so ermittelte Jahresarbeitsverdienst ist maßgebend für die Höhe der Beiträge. Für im Akkordlohn beschäftigte Versicherte, die ihren Lohn in der Regel ebenfalls in gewissen Zeitabschnitten erhalten, ist der für die Beiträge maßgebende Jahresarbeitsverdienst nach obigen Gesichtspunkten zu berechnen.
Für unabhängig beschäftigte Versicherte (Gelegenheitsarbeiter, in den Haushaltungen der Kunden — bei wechselnden Arbeitgebern — beschäftigte Schneiderinnen, Wäschräuerinnen, Plätterinnen usw.) sind nach dem Dreihundertfachen des von den zuständigen Doroversicherungsämtern festgesetzten Ortslohns die Beiträge zu entrichten.

Calw, den 30. Dezember 1922.
Vorsteher des Kassenvorstands: Kamparos. Verwalter: Prof.

Ablieferung der Steuermarken für 1922.

Die Steuermarkenblätter 1922 d. h. die Einlagebogen mit den geklebten Steuermarken sind mit- samt dem Steuerbuch von 1922 im Januar 1923 an die zuständigen Ortssteuerämter gegen Quittung abzuliefern. Zur Abgabe ist der Arbeitnehmer verpflichtet; doch kann an dessen Stelle der Arbeitgeber die Ablieferung übernehmen und die Steuer- marken gemeindeweise geordnet an das zuständige Finanzamt abführen.
Die nicht rechtzeitige Abgabe ist nach § 53a E. St. G. strafbar, auch kann die Ablieferung der Steuermarken gem. § 202 A. D. erzwungen werden.
Hirsau, den 28. Dezember 1922.

Finanzamt
Voelter

Calw, den 2. Januar 1923.
Dankagung.
Allen denen, die uns während der langen Krankheit unseres lieben Vaters
Christian Weimert 
oft mit ihrer Anteilnahme erfreuten; auch denen, die uns bei seinem Hinscheiden ihre Liebe bekundeten, dem Prediger für die trostlichen Worte, den Ehrenträgern, den Sängern und dem Posaunenchor sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Gattin: Maria Weimert
mit ihren 3 Kindern.

Zuverlässige tüchtige Köchin bei hohem Gehalt in herrschaftlichen Villen-Haushalt aufs Land gesucht. 2 Pers. Clew. Hausarbeit. Zimmer- mädchen vorhanden.
Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften ev. Bild baldigt erbeten an
Frau Major
Blum-Deorme
Waldenburg Württembg.

Bezirksmobilitätsverein Calw.

Betreff: Billige ärztliche Versorgung von Kleinrentnern u. Mittelstandsangehörigen.
Zwischen der Zentralleitung für Wohltätigkeit, einerseits und dem Württembergischen Ärzteverband andererseits ist über die ärztliche Versorgung von Kleinrentnern und Mittelstandsangehörigen eine Vereinbarung zu Stande gekommen, welche auszusagen hier bekannt gegeben wird.
1. Die Behandlung der von der Kleinrentnerversorgung und der Mittelstandsanhilfe umfassten Personen des Bezirks übernehmen die Mitglieder des Württ. Ärzteverbandes. Hierzu erhalten die in Frage kommenden Personen auf Ertragen einen Ausweis, welcher bei der Geschäftsstelle (Herrn Oberamtspfleger Fechter in Calw) erhältlich ist.
2. Die Bezahlung der Arztrechnungen erfolgt nach den Mindestsätzen der staatlichen Gebühreneinordnung zugunsten der jeweiligen Steuerzuschüsse. Die Kosten für Entgelt- und Behandlung sind von den Patienten selbst zu tragen. Auch die Kosten für Arzneimittel sind zunächst vom Patienten selbst zu bezahlen, solange nicht mit dem Württ. Apothekerverein eine Vereinbarung getroffen ist.
3. Die Rechnungen sind sofort nach Abschluss der ärztlichen Behandlung von den Herren Ärzten an die Geschäftsstelle Herrn Oberamtspfleger Fechter zu überenden. Die Prüfung der ärztlichen Rechnungen erfolgt durch einen vom Württ. Ärzteverband aufgestellten Vertrauensarzt.
4. Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 1923 in Kraft.
Ärztliche Rechnungen, welche die Zeit vor dieser Vereinbarung betreffen, können daher nicht berücksichtigt werden.
Die hiernach in Betracht kommenden Personenzahlen sowie die Herren Ärzte des Bezirks machen wir auf diese Vereinbarung hiermit aufmerksam mit dem Anfügen, daß der Bezirksmobilitätsverein, soweit seine Mittel ausreichen, bis auf Weiteres 2/3 der auf Grund dieser Vereinbarung erwachsenden Kosten übernehmen wird, während 1/3 der Kosten von den betreffenden Personen zu tragen ist. Angefügt wird, daß vorstehende Vereinbarung auf Zahnärzte und Dentisten zur Zeit keine Anwendung findet.
Calw, den 28. Dezember 1922.
Bezirksmobilitätsverein:
Vorsteher: W. S., Oberamtmann.

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.
Annahmestelle: Nane Schable, Badstr.

Gedenkel der Heimatnotspende.

Landw. Bezirksverein Calw.

Aus Lager ist:
Gerste und Kleie.
Ausgabe Mittwochs und Samstags und diese Woche ausnahmsweise am Freitag.
Geschäftsstelle.
Achtung! Ausschneiden! Achtung!
Dem gesamten Publikum zur Nachricht, daß unter heutigem die
„Schwarzwälder Rohprodukten - Verwertung“ eröffnet wurde.
Dieselbe ist stets Kassakäufer und zahlt die höchsten Preise für
stillgelegte Werke, Maschinen, Meßsen, Zink, Zinn, Kupfer, Messing, Blei, Kabel, Metall- rüststände, Papier, Flaschen usw. usw.
Einzig konkurrenzlos dastehend!
Schwarzwälder Rohprodukten- Verwertung Unterreichenbach
Aufkäufer kommt sofort auf Wunsch.
Achtung! Ausschneiden! Achtung!
Junger
Raufmann
sucht zum sofortigen Eintritt Stellungs-Gesl. Zuschriften unter Nr. A. 1 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.
Laufmädchen oder Frau
bei guter Bezahlung gesucht Näheres in der Geschäfts- stelle dieses Blattes.

Verkaufen
hat sich ein gelber
Halbhund,
auf von Auf Peter geerd. Um Nachfragen über dessen Beschreib mit et
Heinr. Reiter, Teinach.
Vor Ankauf wird gewarnt.
E. st. klassisch, fabrikkneue
**Schreib-
maschinen**
Adler, Stoewer-Rekord, :: Ideal, Continental, :: Mercedes, Triumph, :: Erika, Serru u. s. w.
sofort lieferbar
Louis Schleh,
Freudenstadt,
Fernsprecher Nr. 27.
Hen und Dehund
tauscht ein gegen
Auslandszucker.
Wer, sagt die Geschäfts- stelle dieses Blattes.
Schmiech.
Sege einen 12 jährigen, starken
**Braun-
Wallachen**
ent befruchteter halber dem Verkauf aus.
Michael Reutschler,
Samuelsbauer.

Nr. 2
Erhalten
Die Parise
der von Deu
der Rückzah
ander hat ge
Javas veröff
den lignerij
Beranwortun
tionleistung
einen Zahlu
der deutsher
Schulden an
Von englischer
Laws einen
Schuld nach
sieht, und d
Vorschlag de
würde. Sel
jeht schon er
rend andere
rungen als
wieder auf
lich wollen
wir also de
fegen.
Die deutsher
dem deutsher
der schon in
deutschen Bo
besonders bei
des Handels,
getragen sei
Degen hat
lers Stellung
burg mittele
Sicherungso
hätten, der je
erklärt, daß
aber von de
worden sei, n
Vertrags ge
vom Völkert
Sicherheit
Wenn die Ger
potamischen
zweifeltlos die
könnte das z
frage führe
geraten zu se
Das
Die
Paris, 2. Ja
Konferenz, die
4.15 Uhr zu G
französischer,
Poincaré, Bon
drei Pläne we
fentlicht werde
morgen nachm
gründliches St
sen zu ermögli
daß eine Sachv
tag das Studiu
D
Paris, 3. Ja
Poincaré gesten
heißt: So graus
den sei, werde
dem, was die W
anlange, die heu